

# Sallesehe Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 21. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 1903.  
Erste Ausgabe  
Mittwoch, 14. Januar 1903.  
Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 57. Telefon Nr. 182.  
Verantwortl. Redakteur: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.  
Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telefon-Nr. VII Nr. 1144.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Der Landtag

Der preussische Monarchie ist heute, Dienstag, 13. Januar, mittags in der üblichen Weise durch folgende, in Vertretung Sr. Majestät des Königs vom Ministerpräsidenten Grafen von Bülow verlesene Thronrede feierlich eröffnet worden:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht. Die bevorstehende Tagung ist die letzte einer arbeitsreichen Legislaturperiode. Die Jenseitigen zu unterbreitenden Vorlagen beschränken sich deshalb auf notwendige und unabweisbare Maßnahmen. Schon bei Ihrer letzten Berufung ist auf die wenig befriedigende Gestaltung der Finanzlage des Staates hingewiesen worden. Die Rechnung des Jahres 1901 hat mit einem Selbstverbrauche von rund 3 1/2 Millionen Mark abgeschlossen. Auch für das laufende Etatsjahr wird nach der bisherigen Entwicklung ein wesentlich günstigerer Abschluß nicht erwartet werden können. Zwar ist in den letzten Monaten im Verkehr auf den Staatsfinanzen eine geringe Steigerung eingetreten, doch wird der Reinertrag hinter den Bedarf erheblich zurückbleiben. Der Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1903 wird Ihnen alsbald vorgelegt werden. Trotz der vorliegenden und sorgfältigen Bemessung der Ausgaben in allen Zweigen der Staatsverwaltung hat es sich nicht vermeiden lassen, zur Vermeidung des Überschusses den Staatsbedarf in beträchtlicher Höhe in Anspruch zu nehmen. Diese unvorhergesehene Erhöhung hat Ihre Aufmerksamkeit auf die Schwere der Lage, mit denen sich die Reichsregierung und in letzter Zeit auch die Provinzialregierungen zu kämpfen haben, bei einem Teile der Bevölkerung hervorgehoben und ist ein weiterer wichtiger Grund, weshalb die Reichsregierung sich für die Erreichung der nächsten Ziele zu bemühen muß. Die allgemeine Finanzlage hat jedoch nicht dahin führen können, Ausgaben zurückstellen, die im politischen und wirtschaftlichen Interesse dringend geboten sind. Demnach fallen die erheblichen Mittel, welche die Staatsregierung in Fortführung ihrer auf den Ausbau des Reichsstaats in den Ostmarken und auf deren wirtschaftliche Stärkung gerichteten Politik von Ihnen erbitet. Auch soll der in diesen Landestagen zu erörternden Angelegenheiten und unteren Beamten sowie den Lehrern an den öffentlichen Hochschulen die in Aussicht gestellte Zulage gewährt werden. Von wirtschaftlichen wie von Standpunkt einer sorgfältigen Finanzpolitik ersehen es ferner nicht ratsam, den großen Betriebsverfall der Mittel zu betonen, die für eine ordnungsmäßigen Ergänzung ihrer Einrichtungen erforderlich sind. Namentlich erachtet es die Staatsregierung für ihre Pflicht, auch in den Zeiten ungewisser Abschlüsse mit der betriebsfähigen Ausgestaltung der Eisenbahnanlagen und der regelmäßigen Ergänzung des Fuhrparks nicht zurückzuführen. Die Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel wird die Staatsregierung zugleich in den Stand setzen, die Arbeitslosigkeit in Lande zu vermindern. Zum Ausbau des Staatsdienstes durch Erwerb mehrerer Privatschulhäuser, zur Erweiterung des Staatsarchivs und zur Förderung der Wissenschaften sind größere Mittel vorzulegen. Der Beschaffung der Wohnungsmittel für die in den öffentlichen Diensten beschäftigten Arbeiter und der gering besoldeten Beamten ist mit Ihrer Zustimmung wiederholt besondere Fürsorge gewidmet worden. Da das Bedürfnis unabweisbar fortbesteht, wird von Ihnen in einem neuen Gesetzentwurf ein weiterer Kredit zu gleichem Zwecke erbeten werden. Im Interesse der Förderung der allgemeinen Volkswirtschaft wird Ihnen alsbald ein Gesetzentwurf zugehen, um das Reichsgesetz betreffend die Verleumdung gemeindefähiger Beamten innerhalb des preussischen Staates zur Ausführung zu bringen. Der im vorigen Jahre nicht zur Verabschiedung gelangte Gesetzentwurf über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst wird Ihnen in etwas veränderter Gestalt wieder vorgelegt werden. Ihre Zustimmung wird ferner zu einem Gesetz über die Bildung städtischer Hilfsfonds für katholische Pfarzgemeinden erbeten werden.

Meine Herren! Auch in der bevorstehenden Tagung sind Sie an wichtigen Arbeiten berufen. Wegen des hohen Wasserstandes zum Segen gereicht, auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erlaßt ich den Landtag der Monarchie für eröffnet! Die Thronrede beschränkt sich, wie man sieht, genau auf die Punkte, die wir bereits in Nr. 20 der „Hall. Ztg.“ mitzuteilen in der Lage waren. Wichtige und namentlich umfangreiche Vorlagen werden den Landtag diesmal nicht beschäftigen. Das Hauptstück seiner Beratungen wird, wie aus der Thronrede hervorgeht, der Staatshaushaltsplan bilden, der, wie verlanget, durch den Finanzminister Freiherrn von Rheinbaben am 14. Januar eingebracht werden soll.

Man wird diesmal hoffen dürfen, daß die Budgetarbeiten so große Ausdehnungen wie namentlich in der letzten Session nicht annehmen werden. Besonders im Herrenhause wird über die Kamalität geflagt, die daraus erwächst, daß der Etat im

Abgeordnetenhaus in übermäßiger Breite behandelt wird und deshalb im Herrenhause überhört werden muß. Diesmal freilich werden auch auf die Landtagsberatungen vielfach wichtige Fragen von starkem Einfluß sein, und besonders die Punkte dürfte sich bemühen zeigen, für die Kooperation mit der Sozialdemokratie, die an dem bevorstehenden Wahlkampfe zum ersten Male allgemein teilnehmen will, den Boden vorzubereiten.

Es wird denn auch in der freistündigen Presse ein Plan aufgestellt, um die Staatsberatung zu Agitationsreden nach sozialdemokratischen Mustern auszugestalten. Das „Berliner Tageblatt“ empfiehlt zu diesem Zweck den „Fall Löning“, den Traberer Prozeß, die Mißgriffe der Polizei bei Verhaftungen und bei Festlegung von Untersuchungsgefängnissen aller Art. Ferner hat das freistündige Organ Verschönerungen gegen die Verlegung von Richterstellen und die Ernennung des Notars auf dem Herzen. Das ist ein Teil des Stoffes, den die Linke im Abgeordnetenhaus auszugestalten sich vorgenommen hat. Das Drängen nach der Wiederholung des wasserwirtschaftlichen Gesetzentwurfs in der nun beginnenden Session des Landtags hat seinen Erfolg gehabt. Die Kanalvorlage ist in der Thronrede mit feiner Silbe erwähnt worden. Es war in der Tat angeht, der jetzigen nicht sehr angenehmen Finanzlage zu erwarten, daß mit einem so kostspieligen Projekt zurückgehalten werden würde. Der Vorschlag eine „günstige Wahlplattform“ zu schaffen und der Sozialdemokratie Wind in die Segel zu liefern, kann doch der Regierung namentlich in der schwierigen Finanzlage nicht zugunsten werden. Die Dauerlichkeitsfrage ist auch der bereits in Aussicht befindliche Entwurf eines Schlichtungsgesetzes nicht von der Thronrede aus das Programm gestellt worden, ebenso scheint die so dringend notwendige Regelung der Frage des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter wiederum verjagt werden zu sollen. Aus dem ganzen Regierungsprogramm geht deutlich hervor, daß man den Wunsch hat, die laufende Session, — die letzte der 19. Legislaturperiode — so kurz wie irgend möglich zu gestalten.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 13. Januar.

**Zeitgemäße Wohnung.** In zahlreichen Wahlkreisen ist man — so schreibt die „Kreuzzeitung“ — in der Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagswahlen bereits tüchtig vorwärts gekommen. Erfreulicherweise haben auch die konservativen vielfach bereits mit der Aufstellung der Kandidaten begonnen. Wir möchten aber den Wahlvorständen dringend ans Herz legen, namentlich auch ideell für die Beschaffung der für die wirksame Vorbereitung der Wahlen erforderlichen Geldmittel Sorge zu tragen. Auch richten wir an alle Gewerkschaften in Stadt und Land die Bitte, mit Ihren Mitteln nicht zu sparen und sich stets gegenwärtig zu halten, daß in dieser Beziehung andere Parteien und Organisationen bisher der konservativen weit voraus dem sind. Wir brauchen hierbei nicht an die Sozialdemokratie zu erinnern, die an Overtivitätigkeit für Parteizwecke föresgleichend sucht. Schon das Beispiel des uns so nahegelegenen Bundes der Landwirte sollte zur Nachahmung reizen. Hier werden die Mitgliederbeiträge nach dem Grundsteuerreinertrag bemessen; dadurch kommt es, daß namentlich die größeren und wohlhabenderen Grundbesitzer zu recht erheblichen laufenden Leistungen für den Bund verpflichtet sind. Neuerdings ist nun beschlossen worden, diese Leistungen für das Jahr 1903 zu verdoppeln. Wir sollten meinen, daß für unsere Gewerkschaften Anlaß genug vorhanden wäre, auch der konservativen Organisation Beiträge von gleicher oder ähnlicher Höhe aufzubringen zu lassen.

**Die „nationale“ Politik der Wadeftrampfler** wird durch folgende Auslassung des Abgeordneten Barth in der „Nation“ sehr deutlich beleuchtet. Der genannte Führer der Freistündigen Vereinigung schreibt nämlich folgendes:

„Die Frage steht heute ganz einfach: Was hat der Liberalismus in Deutschland mehr zu fürchten, das Anwachsen der Sozialdemokratie oder das Anwachsen der reaktionären Parteien? Reigt sich nun verständigerweise davon aus, daß jede Veränderung eines Reaktions durch einen Sozialdemokraten für den Liberalismus ein Gewinn ist? Selbstverständlich hat der Liberalismus in erster Linie dafür zu sorgen, daß sein unmittelbarer parlamentarischer Einfluß gestärkt wird. Aber sonst hat er nicht zu erliegen, sich ihm doch immer noch zu widersetzen, zu Sozialdemokraten verdrängt einen Reaktions. Nicht um der Sozialdemokratie eine Gefälligkeit zu erweisen, sondern aus dem allerniedrigsten Interesse des Liberalismus heraus ist es ihm zu münden. Wäre haben die freistündigen Parteien trotzdem des Herrens des Sitzes, die Sozialdemokraten können, den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zuzuführen. Die Sozialdemokraten haben dagegen in der Regel den nächstliegenden liberalen Kandidaten in der Sitzung unterstellt. Sie werden das voranschreiten trotz der fortgeschrittenen Interessen mit der Freistündigen Partei bei den kommenden Wahlen auch den Kandidaten dieser Partei gegenüber tun. Aber ganz einzeln, was die Sozialdemokratie ihrerseits tut, das Verhalten der Freistündigen darf meines Erachtens überhaupt nicht durch das größere oder geringere Gegenwärtigen der Sozialdemokratie, sondern nur durch die Möglichkeit der Erzeugung bestimmt werden: welches politische Verhalten dient den eigenen Interessen des Liberalismus am besten?“

Die „reaktionären Parteien“ stellen die Frage so: wie dienen wir dem Vaterlande am besten? Anders, wie man sieht, die Wadeftrampfler. Sie stellen alle, auch die nationalen Interessen hinter die der Partei zurück. Von diesem Gesichtspunkte haben die Wadeftrampfler bis jetzt alle politischen Fragen behandelt. Geringes und geringes ist die Kröcher ihrer Fährten. Sie wollen in die Höhe kommen. Da sie dabei die gemeingefährlichen Feinde der Monarchie und des Staatswesens mit in die Höhe bringen, ist ihnen einleucht.

**Konferenzen und Bund der Landwirte.** Das offizielle Organ der deutschen Konservativen, die „Kons. Korr.“ spricht in ihrer neuesten Nummer für lebhaftes Bedauern darüber aus, daß eine Nichtteilnahme der durch die Presse gelangenen angeblichen Aufklärung des Abg. Dr. Sahn in Braunshweig, „es habe in der konservativen Partei Männer, die sich wohl konservativ nennen, es aber nicht sind, wenn sie ihre konservativen Gesinnung betätigen sollen.“, so außerordentlich spät erfolgt sei. Die Braunshweiger Verammlung hat am 20. Dezember stattgefunden. Die Zeit in Abrede gestellte Bemerkung des Herrn Dr. Sahn fand dabei durch ihre Verbreitung in der Presse. Die konservativen Wähler, aber haben erst am 29. Dezember ab — nachdem man abfolglich länger als eine Woche angeartet hatte, ohne eine Verlautbarung erfolgen würde — die betreffende Auslassung betreten und ganz selbstverständlich zurückgewiesen. Der konservativen Presse darüber Vorwürfe zu machen, ist also nicht gerechtfertigt. Herr Dr. Sahn hätte die falschen Mitteilungen in der Presse richtigstellen sollen, dann würde die konservativen Presse der Notwendigkeit übersehen gewesen sein, sich damit zu befassen. Die „Kons. Korr.“ knüpft an diese Erklärung noch folgende Auslassung:

Wir nehmen hiermit gern Kenntnis davon, daß der Direktor des Bundes der Landwirte nicht gefogt hat, in der konservativen Partei seine Gesinnung, die sich wohl konservativ nennt, es aber nicht ist, wenn sie ihre konservativen Gesinnung betätigen sollen, nicht bezeugen, wie gesagt, daß diese Nichtteilnahme nicht so rechtzeitig erfolgt ist, daß die Ausübung jener falschen Worte in der konservativen Presse hätte bestritten werden können. Wenn die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ sich darüber äußert, daß wir es „gewagt“ hätten, gegen Herrn Dr. Sahn aufzutreten, so können wir dies nicht recht verstehen. Durch diese Bemerkung der „Korrespondenz“ ist es gewissermaßen dem Spiel um die „Korrespondenz“ ist niemals der angestrebte Zweck gewesen, sie hat sich selbst und in allen Punkten in der Höhe bewegt. Wenn Dr. Sahn die ihm in den Bund gelegten Versicherungen unüberprüfbar die Stunde durch die Presse machen läßt, so lautet er sich nicht darüber wundern, daß sie auch von uns ernst genommen und zurückgewiesen werden. Das ist kein „Wagnis“, sondern unsere Pflicht bei der Haltung der Interessen der konservativen Gesamtpartei. Namentlich deutet uns die Bundeskorrespondenz deutlich nicht berechtigt zu sein, uns gegenüber einen solchen Kurs anzuschlagen, da sie tatsächlich gesagt hat, einen der bedeutendsten Führer der konservativen Partei des Reichs an der bisher immer betragenen „Kandidatur“ zu setzen. Wie wenig aber die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ geneigt ist, auf eine „Verständigung“ — nicht mit dem „Bunde“, denn mit ihm befinden sich die Konservativen im besten Einvernehmen — sondern mit den Engländern in der eigenen Reihen haben, und es sind meine Überzeugung nach diesen Elemente, die auch die gegenwärtigen Handlungen auf dem Geviert haben.

Selbst Handlungen gegenüber nimmt es sich, gelinde gesagt, fehlam aus, wenn die Bundeskorrespondenz, das konservativen Partei solle sich jeder Schritt derartiger Angriffe enthalten und nicht „wagen“, in der Höhe die Welt zu erschrecken.

Man kann diese Auslassung wohl als logisch und gerechtfertigt bezeichnen. Will man denn nicht endlich die Streitart begraben und angeht der bevorstehenden Reichstagswahlen Frieden zwischen den Wählern schließen? Reaktionsmann im Lande weiß, daß die Konservativen und der Bund gemeinschaftliche Grundzüge, gemeinschaftliche Interessen und gemeinschaftliche Ziele haben. Will man sich trotzdem gegen sie verhalten? Gewiß, die deutschen Landwirte sind über den Herrn Sahn nach wie vor geteilter Meinung — aber eben so sind sie alle im Grunde ihres Herzens der Überzeugung, daß sie alle in Zukunft samt und lauter fest zusammenstehen müssen, wenn sie ihre Lage weiterhin besser und dem Vaterlande gute Dienste leisten wollen! Darum ist es unversöhnlich Frieden gemacht werden! Die konservativen Partei bietet dazu fortgesetzt die Hand; wann und durch den Engere Vorstand des Bundes ein schlagend? Jeder Tag der Jägerung bedeutet einen größeren Verlust für die gute, gemeinsame Sache!

**Für die Behandlung von Transportsangelegenheiten haben die beteiligten Minister neue Vorarbeiten erlassen.** Der Minister des Innern hat erklärt, daß in Zukunft die Transportsachen, die sich im Bereiche der bürgerlichen Gerichte befinden, und für solche, denen diese aberkannt sind, verzeichnete, durch welche











Letzte Draht- und Fernsprech-Nachrichten.

Paris, 13. Jan. Die Eröffnung des Landtages im Weissen Saal des National-Schlusses ist, wie auch an letzter Stelle berichtet, mittags 12 Uhr in gewohnter Form vollzogen worden.

Paris, 13. Jan. Das jetzt mehreren Tagen verdrödete Getreide nach welchem über 40 gemästete Rindviehställe, unter ihnen Desdanel, Bioncard und Weine, eine eigene Gruppe bilden wollen, wird von mehreren Vätern als sehr glaubhaft bezeichnet.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

Zuverlässigkeit in Anleihe. Gegenwärtig werden zwischen den Anleihebesitzern und den Bankrenten wegen der zu sauberen Aktien für dieses Jahr die Absichten vollzogen.

Wienmärkte.

Hamburg, 12. Jan. Bericht der Notierungskommission. Dem heutigen Markt waren angetrieben: 1250 Rinder, 1400 Schafe; davon fanden auf dem Central-Schlachthof 670 inländische Rinder und auf dem Central-Schlachthof 562 ausländische und 18 österreichische Rinder zum Verkauf.

Verkauft geschlachtet dänischer Rinder zum Central-Schlachthof vom Freitag 2. d. bis heute einschließlich 2767 Stück.

Ausbericht der Bankrenten zu Halle a. S.

Table with columns: Briefe vom 13. Januar 1903, Zinsfuß, and various bank names like Deutsche Bank, Dresdener Bank, etc.

Neu-York, 12. Jan. New-Yorker Warenbericht. (Die geführten Notierungen sind eingekauft beigefügt.) Baumwolle - Preis in New-York 8,85 (8,90), Lieferung Baumwolle 8,85 (8,89), Lieferung Mai 8,67 (8,70), in New-York 8,30 (8,30).

Wagdeburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Konjunktur verl. von 88° Nord. 9,2° - 9,2° Tendenz: ruhig. Nachfrage verl. 73° Nord. 7,15 - 7,15.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Hamburg, 13. Januar 1903. (Eig. Drahtbericht.) Getreide. Weizen Mai 159,25, Juli 160,75, August 160,75, Roggen Mai 140,25, Juli 141,75, August 141,75.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a.S., Leipzigerstr. 10, Bitterfeld u. Delitzsch. An- u. Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen, Conto-Corrent- u. Wechsel-Verkehr etc.

Coursnotierungen der Berliner Börse vom 13. Januar, 2 Uhr Nachmittags.

Table of stock prices for various companies like Deutsche Bank, Dresdener Bank, etc.

Stamm-Aktien.

Table of stock prices for various companies like Deutsche Bank, Dresdener Bank, etc.

Industrie-Papiere.

Table of stock prices for various industrial companies like Siemens, etc.

Wagdeburger Börse.

Table of stock prices for various companies in Magdeburg.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bond prices.

Sauk-Aktien.

Table of stock prices for various companies.

Wagdeburger Börse.

Table of stock prices for various companies in Magdeburg.

Wagdeburger Börse.

Table of stock prices for various companies in Magdeburg.

Antliche Bekanntmachungen. In unser Handelsregister Wohnung A ist heute unter Nr. 31 bei der Firma Hildebrandt & Co. in Wallwitz eingetragen worden.

Fahrbare Gabelmaschinen. neuere Konstruktion, nur wenig gebraucht, Leistungsfähig und leicht zu betreiben.

Van heute und folgende Tage ab sehen fortwährend in großer Anzahl prima hochtragende u. neuwilligende Kühe.

Preisnotierungen für Rüge am 13. Januar, mitgeteilt vom Bankhause Friedmann & Weinhold, Halle a. S., Leipzigerstraße 12.

Ein Hausgrundstück in der Altstadt. mit 2 großen Wohnungen und Garten, gut veranlagt, ist zu verkaufen.

